

ANFRAGE von Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf)

betreffend Nichteintretensentscheide, vorläufig Aufgenommene

Seit Jahrzehnten wird weniger als 10% der Antragsteller Asyl gewährt oder werden als Flüchtlinge anerkannt. Gleichzeitig verlässt aber nur ein Teil von ihnen die Schweiz, da es unseren Behörden trotz intensivem Aufwand nicht gelingt, vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer auszuweisen. Nicht mehr der Gesetzgeber bestimmt, wie lange sich ein Mensch ohne Aufenthaltsrechte in der Schweiz aufhält, sondern die Zuwanderer selber oder das Herkunftsland durch Verweigerung der Kooperation. Diese erhalten ein Duldungsrecht und den Status «vorläufig aufgenommen».

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Personen mit Nichteintretensentscheid bzw. Status «vorläufig aufgenommen» befinden sich derzeit im Kanton Zürich?
2. Gibt es «vorläufig Aufgenommene» oder Sans-Papiers, die Sozialhilfe beziehen?
3. Wie vielen Personen hat der Kanton Zürich in den letzten 10 Jahren diesen Aufenthaltsstatus «vorläufig aufgenommen» erteilt? Bitte in absoluten Zahlen für jedes Jahr und bitte in Relation zu den erfolgreich Ausgewiesenen.
4. Wie viele Personen bezogen Ende 2008/ Ende 2009 und wie viele beziehen momentan im Kanton Zürich Nothilfe?
5. Welche Beträge wirft der Staat durchschnittlich pro Jahr und Person im Asylverfahren für Personen mit Status «vorläufig aufgenommen» auf; aufgeteilt in Beiträge Bund, Kanton, Gemeinde?
6. Des öfteren werden Personen in Ausschaffungshaft gebracht und nach Ablauf der 18-monatigen Höchstdauer auf freien Fuss gesetzt. Sodann tauchen dieselben Personen auf dem Standesamt auf - und vermögen plötzlich wieder Papiere aufzuweisen. Dem Vernehmen nach existieren darüber Statistiken. Um wie viele Personen handelte es sich in den letzten fünf Jahren?
7. Das Migrationsamt prüft jeweils, ob ein krimineller Ausländer bei einer Ausschaffung in sein Heimatland an Leib oder Leben bedroht wäre. Ist dies der Fall, ist eine Ausschaffung wegen des geltenden Völkerrechts nicht möglich. Wie viele Ausschaffungsfälle waren 2007, 2008 und 2009 davon betroffen (in absoluten Zahlen und in Prozentzahl zu den erfolgreich ausgewiesenen Fällen)?
8. Eine Ausschaffung bzw. eine Wegweisungsverfügung ergeht in der Regel mit einem Einreiseverbot einher. Wie viele Missachtungsverbote wurden in den letzten fünf Jahren (2004 - 2009) erfasst? In der Regel ergeht erst eine bedingte Strafe. Wie viele? Im Wiederholungsfall ergeht eine unbedingte Strafe. Wie viele Gefängnisaufenthalte dieser Personenkategorie sind im letzten Jahr im Kanton Zürich erfolgt? Und wie viele Tage haben diese Kategorie von Personen die Zürcher Gefängnisse belegt?

9. Wie viele der Personen mit Status «vorläufig aufgenommen» sind in den letzten fünf Jahren in Folge einer Straftat rechtskräftig verurteilt worden?

Wie gross die Kluft zwischen der von der Öffentlichkeit und vom Souverän geforderten Erwartung an entschlossenem Handeln und Durchsetzen des Rechtsstaates einerseits und der Realität andererseits ist, lässt sich leider an folgendem Beispiel aufzeigen: In letzter Zeit ist von Gruppen Asylsuchender die Rede, die bewusst bloss Asylgesuche in der Schweiz stellen, um hier eine zeitlang Aufenthalt zum Ausüben von kriminellen (Drogen-) Geschäften zu erlangen. «Die Ausschaffung der nigerianischen Asylbewerber, die sich grösstenteils in der Schweiz als Kokaindealer verdingen, wird immer schwieriger», kritisiert die St. Galler Polizeidirektorin. Die Nigerianer, deren Asylgesuche seit 2008 stark ansteigen, funktionieren über Familienclans. Sie seien perfekt organisiert und schwierig zu infiltrieren. Die Nigerianer würden gezielt für den Kokainstrassenhandel rekrutiert und nach Europa eingeschleust.

10. Wie viele Personen, welche sich in einem Asylverfahren befinden, sind in der Schweiz rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt worden?
11. Wie vielen Personen wurde im Kanton Zürich in den letzten 10 Jahren das Bürgerrecht erteilt, welche nie über eine Niederlassungsbewilligung C verfügt haben (Auflistung pro Jahr)?
12. Wie vielen Personen wurde seit dem Jahr 1999 im Kanton Zürich das Schweizer Bürgerrecht erteilt, die mindestens einmal in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben?

Im Zusammenhang mit der Zulassung von illegal anwesenden Jugendlichen zu einer Lehrstelle hatte die Justizministerin von Kantonen gesprochen, welche sog. «graue AHV-Karten» ausstellen. Sie vermied es jedoch, die Kantone öffentlich benennen. Gleichzeitig heisst es auf dem Merkblatt der Unia an die Sans-Papiers: «Jeder Arbeitgeber muss seine Angestellten bei den Sozialversicherungen anmelden. Diese denunzieren Sans-Papiers nicht an die Fremdenpolizei. Wenn Du bei den Sozialversicherungen angemeldet bist, erhältst Du einen grauen Versicherungsausweis (AHV-Karte). Dein Arbeitgeber beschäftigt dich dann zwar immer noch illegal, aber Du bist gegen Unfall und Invalidität versichert und erhältst im Alter eine kleine Rente (auch im Heimatland).»

13. Stellen Ämter im Kanton Zürich solche Sozialversicherungsausweise an illegal anwesende Personen aus?

Barbara Steinemann